

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

7 (9.1.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.90 M., durch unsere Träger zugestellt 2.10 M., am Postkassett 2.15 M. durch den Postboten zugestellt 2.30 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Dienstag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/21 und 2-1/28 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spaltige Kronenzeitung oder deren Raum 50 S., Reklamen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/29 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Die Ratifizierung.

WT. Paris, 6. Jan. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird am 10. Januar nachmittags 1 Uhr im Außenministerium stattfinden. Gleichzeitig wird von Versner ein Schreiben Clemenceaus wegen des abzugebenden schwimmenden Materials übergeben werden. Die Vertreter der Mächte, die den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben, werden auch der Unterzeichnung des Protokolls beiwohnen.

WT. Paris, 9. Jan. (Havas.) Der Oberste Rat wird heute festlegen, ob die Zeremonie des Austausches der Ratifikationsurkunden öffentlich sein soll. Er wird gleichfalls Beschluß fassen darüber, ob die Nationen, die den Vertrag noch nicht ratifiziert haben, wie z. B. die Vereinigten Staaten, zur Zeremonie der Unterzeichnung des Protokolls zugelassen werden. Lloyd George, Ritti und Clemenceau hatten gestern Abend ihre erste Zusammenkunft. An dem auf das Inkrafttreten des Friedensvertrags folgenden Tage, also am Sonntag, werden die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen werden. De Marcellin wird nach Berlin abreisen, wo er Frankreich als Geschäftsträger vertreten wird und v. Versner wird zweifellos Poincare sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Die Haltung Amerikas.

Washington, 8. Jan. Der Exekutivauschuss der national-demokratischen Partei hat eine Resolution angenommen, durch die er den Vertrag von Versailles billigt und die Haltung derjenigen Senatoren brandmarkt, die die Ratifikation des Vertrages ein Hindernis in den Weg legen, sei es direkt oder durch Vorbehalte. Die Resolution wendet sich gegen die Annahme der Republikaner im Senat und richtet an den Präsidenten Wilson Glückwünsche für die von ihm erklärten gescheiterten Schritte und die Art und Weise, wie er den Sieg herbeiführt.

Paris, 8. Jan. „Chicago Tribune“ meldet, daß Amerika weder an der Unterzeichnung des Protokolls, noch an der Zeremonie des Austausches der Ratifikationsurkunden, noch an der Sitzung des ausführenden Rates des Völkerbundes teilnehmen werde.

Die Lüste.

Berlin, 8. Jan. (Privatmeldung.) Nach einem Vossler Telegramm der „Neuen Berliner Zeitung“ meldet Echo de Paris: Datska teilte dem Freiherrn v. Versner am Montag mit, daß die Lüste der ausführenden Deutschen drei Wochen nach Inkrafttreten des Friedensvertrags überreicht würde.

Die Schweiz und der Völkerbund.

Bern, 8. Jan. Die schweizerische Presse aller Richtungen besaß sich mit der Antwort des Obersten Rates auf die Note des Bundesrates vom 6. Dezember 1919, welche die Stellung der Schweiz zum Völkerbund darlegte. Es wird mit Bewunderung festgestellt, daß über einige Punkte nachträglich abweichende Meinungen zutage getreten sind. Es werden schweizerische Schritte unternommen, um vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung am 2. Februar eine Klärung der Angelegenheit herbeizuführen. Es handelt sich insbesondere um die Anerkennung der Neutralität der Schweiz und um den Zeitpunkt, wo die Frist des Eintritts der Schweiz in den Völkerbund beginnt.

Bürgerkrieg in Bulgarien.

Sofia, 8. Jan. (Privatmel.) Wie die „Freih.“ aus Sofia meldet, ist in einzelnen Teilen Bulgariens der Bürgerkrieg regelrecht zum Ausbruch gekommen. In Sofia und Philippopol wurden die staatlichen Lebensmittelbestände gestürmt und ausgeraubt, auch wurden zahlreiche Lebensmittelgeschäfte ausgeplündert und zerstört. Militär und Polizei waren machtlos. Hungernde Massen aus den Städten zogen aufs Land und überfallen die Bauernhöfe. Die Bauern leisteten aber heftige Gegenwehr sie haben sich meist organisiert und stark bewaffnet.

Die „Freih.“ meldet weiter aus Paris: Die bulgarische Regierung hat den alliierten Mächten eine Note zukommen lassen, in welcher auf die verzweifelte Lage des Landes hingewiesen und auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht wird, falls nicht unverzüglich reichliche Lebensmittelsendungen eintreffen. Die bulgarische Regierung, so wird angedeutet, könne unmöglich für weitere Ruhe und Ordnung bürgen und müsse erwägen, die Verwaltung des Landes dem alliierten Rat zu übertragen.

Die Lage in Rußland.

Amsterd., 9. Jan. Einem drahtlosen Telegramm aus Moskau zufolge haben die Bolschewisten Taganrog am Asowschen Meer erobert, wo sich Denikins Hauptquartier befindet. Die roten Truppen nähern sich der Kofalenhauptstadt Nowosibirsk.

Paris, 9. Jan. Neuer erfährt, daß die Armee Koltschaks als militärischer Faktor nicht mehr existiere. Die Tschechen oder andere Truppenteile, die sich längs der transsibirischen Bahn zurückziehen, haben unterwegs verschiedene Zusammenstöße mit den Bolschewisten gehabt.

Keine neue Verkehrssperre.

WT. Berlin, 8. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Die Nachricht eines künftigen Korrespondenzblattes, nach der das Reichsverkehrsministerium eine neue Verkehrssperre zu verhängen beabsichtigt, entbehrt jeder Begründung.

Zunahme der Auswanderung.

Rotterdam, 8. Jan. (Draht.) Rotterdam bereitet sich auf eine gewaltige Zunahme der Auswanderung vor. Es werden fortgesetzt große Mengen von Deutschösterreichern ein, die nach Brasilien auswandern. Tausende von Auswanderern werden in den kommenden Tagen erwartet. Es sind bereits Schwierigkeiten in der Weiterbeförderung eingetreten.

Anlieferung Sonnenfelds.

Berlin, 8. Jan. (Privattelegramm.) Nach Meldungen hat die holländische Regierung die deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt, daß dem Untersuchungsrichter Haarlem binnen 14 Tagen die Grenzstation bezeichnet werden möge, an der die Untersuchungsgefangenen Sonnenfeld und Frau-lein Schlad, die frühere Privatsekretärin des Schriftstellers von Helfand-Barbus, ausgeliefert und den deutschen Behörden übergeben werden könnten.

Tarifbewegung der Eisenbahner.

Düsseldorf, 8. Jan. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahner, Bezirk Elberfeld, hat keine Aufforderung zum Streik gegeben. Da die drei Berliner Verhandlungen über den Lohnstreik nicht unterbrochen sind, auch die Arbeiterorganisationen haben weder den Generalstreik, noch den Teilstreik oder Lokaltreik angekündigt. Trotzdem hat der Streik der Eisenbahner in Düsseldorf und auf der Strecke Düsseldorf-Hagen-Gamm seit gestern an Stärke und Umfang zugenommen. Ein Teil der Unterführer hat sich deshalb an die Spitze der Streikleitung gestellt, um den Verlauf des Ausstandes in geordnete Bahnen zu führen. Der Beamtenauschuss des Eisenbahndirektionsbezirks Elberfeld hat angeordnet: Beamte und Hilfsbeamte bleiben im Arbeitertreik bis auf weiteres neutral. Die Entscheidung über die von uns gestellten Forderungen steht noch aus. Milch, Lebensmittel und Viehzüge fahren vorläufig unter unserer Kontrolle. — Somit ist die Haltung der Eisenbahnbeamten vorläufig noch eine neutrale.

Stettin, 9. Jan. Der Vorstand der Eisenbahner im hiesigen Bezirk hat sich weiter ausgesprochen. Auf dem Bahnhof Mülheim (Ruhr) wird teilweise gestreikt, so daß der durchgehende Verkehr noch nicht lahmgelegt ist. Auf dem Dortmund-Hauptbahnhof sind sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten. Der Betrieb wird nur durch die Güterzüge auf der Strecke Dortmund-Hauptbahnhof-Ulma-Grum in der Betrieb infolge der Ausdehnung des Streiks im Elberfelder Bezirk stillgelegt. Der Zugverkehr von Witten-Hagen ist völlig unterbrochen.

Dortmund, 9. Jan. Hier hat sich die Lage im Eisenbahnerstreik verschärft. Sämtliche Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätten, etwa 3000 Mann, streikten. Auch auf der Güterabfertigungsstelle des Hauptbahnhofs sind sämtliche Arbeiter ausständig. Der Güterverkehr kann nur in ganz geringem Maße aufrecht erhalten werden.

WT. Berlin, 9. Jan. (Mittl.) Die Verhandlungen über den Lohnstreik mit den Eisenbahnerorganisationen nehmen auch weiterhin einen guten Verlauf. In den letzten Tagen ist ein Einverständnis über die Bezahlung der Lohn- und Ortszulagen in den Eisenbahndirektionsbezirken Köln, Saarbrücken, Elberfeld und Essen erzielt worden. Ferner hat eine Einigung darüber stattgefunden, daß der Unterschied im Stundenlohn zwischen den einzelnen Lohn- und Ortsgruppen 20 Pf. betragen soll.

Berlin, 9. Jan. (Privatmel.) Der Verbandsausschuss der sozialdemokratischen Eisenbahner Großberlins beschloß im „Vorwärts“ einen Aufruf an alle Eisenbahner, worin es heißt: Die gewissenlose Bege zum Streik, die unter der Flagge der Wirtschaftspolitik getrieben wird, ist weiter nichts als eine politische Maßnahme. Sie soll der Einführung des Ratesystems nach kommunistischem Muster auf der Eisenbahn die Wege ebnen. Ein Verkehrsstreik im jetzigen Augenblick wäre ein unverantwortliches Verbrechen am Volk. Eisenbahner, bewahrt kaltes Blut, zeigt, daß ihr der Tatsache bewußt seid, daß ihr am Wiederaufbau des zusammengebrochenen Wirtschaftslebens den tätigen Anteil nehmen sollt. Laßt gewissensvolle Geher nicht triumphieren, um so weniger, als die Vorhülle auf die noch in Beratung befindlichen Tarife schon jetzt bezahlt werden.

Streik der Versicherungsangestellten.

WT. Berlin, 8. Jan. Wie die „N. Z. am Mittag“ meldet, hat der Versicherungsstreik begonnen, doch ist der baldige Abbruch durch Verhandlungen wahrscheinlich. Eine endgültige Erklärung des Arbeitgeberverbandes liegt noch nicht vor, man nimmt aber an, daß das Reichsversicherungsamt die Parteien noch heute abend zu Verhandlungen zusammen bekommen wird. Entgegen dem getrigen Befehl der Berliner Organisation der Versicherungsangestellten hat die übergroße Mehrheit des Büropersonals der großen Gesellschaften heute früh die Arbeit nicht aufgenommen. Vor den Gebäuden der großen Gesellschaften stand in den frühen Morgenstunden eine große Kette von Streikposten, die ein Verstreuen des Büros durch Arbeitswillige unmöglich machen wollten. Dabei kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Parteien.

Mannheim, 9. Jan. Wie die „Neue Bad. Landesztg.“ meldet, wurde in einer gestern mittag stattgefundenen Versammlung der Streik beschloffen. 85 Prozent haben dafür gestimmt. Der Vorsitzende verlas ein Telegramm der Zentralstelle Berlin: „Generalstreik Freitag, den 9. früh“, wonach gestern nachmittags die Arbeit niedergelegt wurde, da man mit den Gehältern vom Wintertarif vorigen Jahres nicht mehr auskommen könne. Es handelt sich nun darum, die Arbeitgeber zu zwingen, an den Verhältnissen teilzunehmen.

Wie ist Rettung möglich?

Durch die breiten Schichten des erwerbstätigen Volkes und der Beamtenschaft geht eine neue Welle gärender Unzufriedenheit, die ihren Ursprung in der neuen fast sprunghaften Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse hat. Diese Steigerung ist namentlich im besetzten Gebiet peinlich empfindlich und sollte den Leuten zu denken geben, die das Heil darin erblicken, die Inlandspreise ganz allgemein auf die Höhe der Weltmarktpreise zu bringen. Was das bedeuten würde, hat in der Sitzung der Nationalversammlung am 19. Dezember 1919 der Reichswirtschaftsminister Schmidt gesagt, als er darauf hinwies, daß dann ein Stundenlohn von zehn Mark für die Arbeiter kaum ausreichen würde, den allernotwendigsten Bedarf zu decken. Tatsächlich stehen wir aber vor der Tatsache, daß im besetzten Gebiet die Weltmarktpreise schon nahezu Geltung haben. Die Kaufkraft der Ausländer, die hier in stets noch steigendem Maße wirtschaftliche Geltung haben, wird immer mehr zum preisbestimmenden Faktor. In Berlin und überall im nichtbesetzten Gebiet lebt man infolge dessen heute erheblich wohlfeiler als im besetzten Rheinland. Damit natürlich nicht gesagt werden soll, daß es im nichtbesetzten Gebiet den breiten Volksschichten besriedigend ergehe.

Insgesamt stehen wir vor der Tatsache, daß alle staatlichen Zwangsmassnahmen gegen den kapitalistischen Gegenstand, der eine Folge des Warenmangels ist, ebenso verfallen wie die von Reich, Staat und Gemeinden zugunsten der breiten Volksschichten ergriffenen Hilfsmittel. Die Valuta sinkt, die Preise steigen, die Not wächst. Der Arbeiter oder Angestellte, noch vor wenig Wochen oder Monaten aufgebessert, sieht sich abermals dem Ruin gegenüber; er muß abermals fordern. Genau so ergeht es den Beamten. Die Lohn- und Gehaltsbewegungen reizen nicht ab, eine Folge davon ist die fortgesetzte Verunsicherung unseres Wirtschaftslebens, fände der Streikgefahr, passive Resistenz und andres. Der Staat könnte das selbst in gefunden Tagen auf die Dauer nicht aushalten, heute droht ihn dieser Zustand vollends dem schnellen Zerfall entgegenzutreiben. Und darum muß Rettung gesucht werden.

Sehr fraglich ist, ob die völlige Ausschaltung des Handels jetzt das Allheilmittel sein könnte, wie eine jüngst an unser Minister Paritätat gerichtete Instruktion nachweisen wollte. Gewiß hat der Handel viele Sünden auf sein Gewissen geladen, aber schon die Unmöglichkeit, ihn über Nacht durch einen ganz andern Modus der Warenverteilung zu ersetzen, sollte uns hier vor weitgehenden Hoffnungen bewahren. Lassen wir das Kernproblem doch niemals außer acht: Erhöhung der Produktion, Steigerung der Ausfuhr und Verringerung der Valuta. Nur mit diesen Mitteln ist letzten Endes eine Preislenkung zu erreichen. Beständige amerikanische Journalisten haben alle paar Tage die Nachricht, herüber, daß die große Hilfsaktion jenseits des Ozeans ernsthaft vorbereitet werde — wir tun gut daran, darauf keine Häuser zu bauen, sondern unsere Rechnung darauf einzurichten, daß niemand in der Welt uns helfen wird. Das deutsche Volk ist völlig auf sich selbst gestellt. Weil das aber so ist, müssen wir namentlich danach trachten, weitere schwere Erschütterungen der deutschen Volkswirtschaft zu vermeiden, mit andern Worten: die Arbeiter, Angestellten und Beamten sind vor der Notwendigkeit neuer Kämpfe zu schützen.

Geschichten kann das aber nur durch völlige Abkehr von den alten Bahnen der Lohn- und Gehaltspolitik, durch die Einführung einer sogenannten gleitenden Skala, die das Einkommen jener Schichten sozusagen automatisch den für den Lebensbedarf jeweils aufzuwendenden Kosten anpaßt. Was erfordert auf der andern Seite selbstverständlich die Möglichkeit, die Betriebseinnahmen je nach Bedarf zu steigern. Doch ein solcher Plan, richtig durchdacht und durchorganisiert, würde vor allem das deutsche Wirtschaftsleben vor neuen Erschütterungen durch Streiks usw. bewahren und zudem die Arbeitsfreudigkeit heben. Darauf aber kommt es heute zunächst an. Daß die bisherigen Methoden preisgegeben und andere Wege gesucht werden müssen, erkennt man nachgerade auch in Internationalkreisen — Beweis dafür ist ein Artikel des Generaldirektors Dr. Silberberg in der „Kölnischen Zeitung“, der insbesondere auf die Bergarbeiter exemplifiziert und mit gutem Rechte sagt, daß die Arbeiter vor der Notwendigkeit stets neuer Lohnkämpfe geschützt werden müßten.

Die schwere Not der Zeit drängt zu schnellen Taten. Die politische Reglement, im harten Kampf gekalteten Arbeiter überlassen es den „unabhängigen“ und kommunistischen Schwärzern, gegenüber dem grenzenlosen Anblick des deutschen Volkes mit den Händen in den Hosentaschen dazustehen oder den Hunger der Volksmassen mit dem verlogenen Gerede von der baldigen Weltrevolution beschwichtigen zu wollen. — die erdrückende Mehrheit unserer Arbeiter will an der schnellen Wiederaufrichtung ihrer armen Landes mitwirken, wobei sie allerdings von jenen täglichen Protzreden befreit sein muß, die die Seele zermürben und jegliche Widerstandskraft erlahmen machen.

Neues vom Heimstättengesetz.

Mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen über ein Reichsgesetz hat der auf der letzten Hauptversammlung des Landeswohnungsvereins eingesetzte Arbeitsausschuss, dem neben Vertretern der Wohnungsreform und der Gemeinden auch mehrere Vertreter der Hausbesitzer und der Handwerkerkammern angehören, den ursprünglichen Entwurf eines Heimstättengesetzes von Dr. Kampffmeyer zurückgestellt. An seiner Stelle sind Leitende beraten worden, die die Forderungen enthalten,

die Boden an das Reich als Mindestforderungen für ein Mahnengesetz stellt.

Wir bringen nachstehend die Richtlinien, die in der Sitzung des Arbeitsausschusses vom 27. November festgelegt wurden. Die meisten Punkte, so auch die wichtigsten Punkte 3 und 4 wurden einstimmig, die Nummer 5 mit 7 gegen 6 und Nummer 6 mit 7 gegen 5 Stimmen angenommen.

Leitsätze für die Aufbringung der Mehrbaufkosten.

1. Zur Aufbringung der Mittel, die für die Zwecke der Wohnungsfürsorge insonderheit für die Deckung der entstehenden Mehrbaufkosten erforderlich sind, erläßt das Reich ein Mahnengesetz.
2. Träger der Wohnungsfürsorge ist die Gemeinde bezw. der Gemeindeverband unter Mitwirkung der Wohnungsmieter und Hausbesitzer.
3. Durch beschriebene Schätzungsämter werden sämtliche Mieten neu festgesetzt.
4. Als Grundlage gilt hierbei die Miete vom 1. Juli 1914. Hierzu werden Zuschläge in der Höhe der tatsächlich entstandenen laufenden Mehrkosten zugelassen.
5. Die Ueberwälzung des für die einzelne Wohnung festgesetzten Höchstpreises ist strafbar. Der Gemeindeverband ist in diesem Falle berechtigt, die dem Schuldigen in seinem Bereich gehörenden Wohnungen in eigene Verwaltung zu übernehmen, oder die Häuser zu enteignen.
6. Soweit bei den seit Kriegsbeginn entstandenen oder noch entstehenden Häusern die Mehrbaufkosten durch die beschriebene Miete keine Deckung erfahren, werden sie durch einmalige Verkaufszuschüsse oder durch laufende Mietzuschüsse zu je einem Drittel von Reich, Staat und Gemeinde gedeckt.
7. Das Reich bildet zur Deckung des hierzu notwendigen Bedarfs einen Reichswohnungs-fonds. Dem wird der Betrag einer Reichswohnungssteuer überwiesen, die für sämtliche Miet- und Eigentümernwohnungen erhoben wird.
8. Das Land und der Gemeindeverband decken den ihnen entfallenden Aufwand durch Zuschläge zur Reichswohnungssteuer.
9. Das Reich regelt den Ausgleich zwischen den Ländern, die Länder den Ausgleich zwischen den Gemeinden, bezw. den Gemeindeverbänden.
10. Die Reichswohnungssteuer und die Zuschläge dürfen ausschließlich zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungs-wesens verwendet werden.
11. Die Durchführung der Einzelheiten dieses Gesetzes, insonderheit die organisatorische Zusammenfassung und Ausgestaltung der örtlichen Träger der Wohnungsfürsorge bleibt der Landesgesetzgebung vorbehalten. Durch Landesgesetz können die von Land und Gemeinden bezw. Gemeindeverbänden zu erhebenden Zuschläge zur Reichswohnungssteuer nach dem Miet-lugus gestaffelt werden (Mietlugssteuer).

forderte die Anpassung der Postvorschriften beim Handelsver-kehr mit dem Ausland an die Valutaverhältnisse. So verlangte das Reich an einem Grenzen die Zollabgabe in Gold. Es wurde festgelegt, daß ein Zollpflichtiger entweder 10 Mark in Gold oder 90 Mark in Papier zu leisten hat. Und reichte er bei einer Zollpflicht von 15 Mark Gold ein 20-Mark-Goldstück hin, so mußte ihm die Zollstelle nicht 5 Mark Papier, sondern den vollen Goldwert in Papier herausbezahlen.

So entschloß man sich in Berlin, den „Goldbann“ auf-zuheben und den Handel freizugeben. Sofort lebte, in diesen letzten Tagen, ein sehr lebhafter Handel ein. Große Beträge Goldmünzen wechselten fortgesetzt die Hand. Es ist von Interesse, daß dabei zurzeit etwa 110 Mark Papiergeld für 100 Mark Gold bezogen werden, also das Elfmal. Nichts ist be-zeichnender als das für unsere Valuta- und Wirtschaftslage. Nebenbei ist zu bemerken, daß der Preis für eine Silber-marke zurzeit 5 1/2 Papiermark ist.

Dunkelhaftes Herrenmenschen-tum.

Verachtung des arbeitenden Volkes, die sich moralisch mit mißverstandenen Neidideen mappet, hat ein dunkelhaftes Herrenmenschen-tum erzeugt, das, borniert und trotzig, nur seine eigene Götterähnlichkeit anerkennt. Bezeichnend für die Denart sind folgende Ausführungen der „Post“, des Hauptorgans der Schwerindustrie:

„Die große Masse ist nicht bildungsfähig und will auch gar nicht gebildet sein, sondern nur gut leben. Sie braucht darum nicht böse zu sein, kann es aber wegen mangelnder Begriffsfähigkeit leicht werden in der Hand von Vorkühn-führern, wie wir es an der leider jetzt vorherrschenden Rich-tung, der Arbeitslosigkeit, der Unbotmäßigkeit, des Verbrecher-tums sehen. Die Menschheit kann nicht aus lauter oder größtenteils hochgebildeten und ebelstehenden Einzelwesen bestehen, sondern bildet naturgemäß nur eine große Masse von minder Befähigten nach Geistes- und Willenskräften, die einer festen Ordnung und Unterordnung bedürfen, wenn die Welt nicht aus den Fugen gehen soll. Das letztere ist aber gegenwärtig der Fall infolge der allgemeinen Ueberhebung der unteren Volksklassen, die die Revolution heraufbeschworen hat. Der Handarbeiter, welcher Art immer, hält sich für jeden Unternehmer, jedem Gebildeten gleichwertig, ja für was Höheres oder wenigstens staatlich Bedeutenderes als dieser. Dasselbe gilt vielfach von den Gehilfen in den verschiedensten Berufsberufen, z. B. von den Larisikern, den Sellnern und sonstigen Leuten, deren Erwerbstätigkeit in persönlichen Dienst-leistungen für andere besteht, die auch eine offene Hand für das Ungehörige haben, aber trotzdem von einem augenscheinlichen Gehaltsbewußtsein gegen die von ihnen zu bedienenden Per-sonen erfüllt sind.“

Ja freilich, wenn der Knecht nicht mehr diener und der Bauer nicht mehr in Ehrfurcht erblüht, dann ist die Welt aus den Fugen. Dapich ist das alles nur für jene Leute, die im Volk nur die „Masse“ sehen, die ihnen Laiaien liefert.

Die Papierkrise der deutschen Presse.

Der Steueraus-schuss der Nationalversammlung hat einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Regierung wolle unverzüglich in eine Prüfung der Frage eintreten, ob die schon eingetretene und noch bevorstehende Verteuerung der Selbstkosten, ins-besondere des Papiers und der Tinte, die im nationalen In-teresse gelovene Erhaltung einer angesehenen und wirtschaftlich unabhängigen Presse gefährdet und ob besondere Maß-nahmen erforderlich werden.“

Diese Entschließung ist auf Vorstellungen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger zurückzuführen, der nicht den Nachweis geliefert, daß „besondere Maßnahmen“ erforder-lich sind, sondern auch den Weg vorgezeichnet hat, der unverzüglich bestritten werden muß, um die Presse durch Steuererhöhung der Papiernot vor dem baldigen Untergang zu retten. Wenn der deutschen Tagespresse aus ihrer schweren Bedrängnis geholfen werden soll, dann müssen die zur Herstellung von Zellstoff und Holzstoff für die Zeitungsdruckpapierherstellung erforder-lichen Mengen von Papierholz — es handelt sich um rund 95 000 Hektometer im Monat, um die Zeitungen in dem durch Reichs-gesetz angeordneten, stark eingeschränkten Umfang be-liefern zu können — nicht nur der Menge nach sichergestellt, son-dern es müssen diese Mengen Papierholz zu einem Preise ab-gegeben werden, der eine erhebliche Senkung der ab 1. Januar 1920 ab geforderten Preise für Zeitungsdruckpapier zur Folge hat.

Die Preise für Zeitungsdruk-papier, die im Frieden durch-schnittlich 20 bis 21 M für 100 Kilogramm betragen, sind seit dem 1. Oktober 1919 um das Fünfeinhalbfache gestie-gen, und zum 1. Januar 1920 werden von den in Betracht kommenden Lieferverträgen Forderungen auf Preise gestellt, die nahezu zehnmal so hoch sind, wie die im Frie-den gezahlten. Es ist aber für den größten Teil der Zeitungs-

verleger ganz ausgeschlossen, noch höhere Preise zu bezahlen, weil damit eine Grenze erreicht ist, an der die Anpassung der Be-lags- und Anzeigengebühren vollkommen scheitert. Das trifft die große, die mittlere wie die kleine Presse und ist von der Berufsvertretung regnerisch einwandfrei nachgewiesen worden. Beispielsweise müßte eine mittlere Zeitung ihren Be-lagspreis von im Frieden 14 M auf 78 M erhöhen. Das ist, wenn sie je er selbst sagen wird, ein Preis, den zu zahlen den meisten Zeitungsbesitzern einfach unmöglich ist.

Unabhängig-konervative Seelengemeinschaft.

Daß die Extreme sich berühren, ist ein alter Erfahrungssatz. Mehr als einmal hat es sich auch in der Politik erwiesen, daß die extreme Linke und die extreme Rechte, letzten Endes gegenseitiges wollen, praktisch doch dieselben realen Bedürfnisse zeitigen. So auch in der Frage des Parlamen-tarismus. Daß die Unabhängigen und Kommuni-sten den Parlamentarismus ablehnen, die Arbeit des Reichstags und der Landtage herabwürdigend, und statt dessen für die Idee der „Väterchen“, ist bekannt. Nicht weniger be-kannt ist, daß auch die Konserverativen oder, wie sie jetzt heißen, die Deutschnationalen, gleichfalls dem Parlamentarismus wenig gewogen sind, dafür aber ebenfalls gewisse Sympa-thien für den Vätergedanken haben. Im April vorigen Jahres schon hat Graf Westarp in der „Neuzeitung“ ausgeführt, daß theoretisch genommen, das Väteristum Spuren eines auch vom konservativen Standpunkt aus zu billigenden Grundge-dankens aufweist. Und neuerdings unterstrich Graf Dohna gleichfalls in der „Neuzeitung“ diesen Widerwillen gegen den Parlamentarismus und diese Sympathie für Väteristum als Grund für den Reichstag und die Landtage, in dem er schreibt:

„Aber klarer und klarer wird es, daß der Parlamentarismus mit seinem leeren Gerede und seinen persönlichen Beidmün-dungen lediglich Kraft und Zeit in einer unrunder Lage hohn-sprechenden Art vergeudet. Immer getriebener wird die Forderung, Worte beiseite zu lassen und zu Taten und zum Handeln zu schreiten. Die Kammer der Arbeit, das Parlament der Fachleute, sind die Forderung der Zeit. Sie müssen und werden sich aus ihr heben. Dann wird nicht mehr ein Reichstag mit einer unklaren, halbhan-delnden Mehrheit seine besten Redner zu Ministern, sondern eine Kammer von Fachleuten ihre besten Köpfe zu Führern machen.“

Die Neuwahlen werden aller Wahrscheinlichkeit nach keine Parteikonstellation bringen, die eine „tragfähige“ Mehrheit erzielt. Dann ist der Parlamentarismus bankrott. Und dann müssen innerhalb der bisherigen Parteien die jungen und lebendigen Kräfte und Köpfe auf den Plan, die in ihnen allen überdeutlich vorhanden sind, doch bisher unter der er-farnten Kruste überlebter Parteidoctrinen nicht zum Licht em-porbringen konnten. Dann gilt es für sie, aus alte anzu-pfand, Neues zu gestalten, nachdem der Sozialismus kleinlich und kurzichtig genug, nur Alles ein-gestrichen, vor dem Fortschritt aber flüchtig verlor hat.“

So liegen sie sich denn wieder einmal in den Armen: die bewußten Reaktionen von rechts und die unbewußten Reak-tionen von links. Sie lassen beide die Demokratie: die einen weil sie ihnen zu viel, die andern, weil sie ihnen zu wenig ist. Aber mag die letzte Nacht in diesem Kampfe gegen den Parlamentarismus und die Demokratie bei den Unabhängigen eine andere sein, als bei den Konserverativen, im Effekt läuft dieser Kampf und Kampf auf dasselbe hinaus: die Untergrabung der Demokratie zugunsten des preußisch-junkertlichen Ideals des Antiparlamentarismus. Und was die Unabhängigen dabei lei-sten, ist im wahren Sinne des Wortes Arbeit für den König von Preußen: die Herren Heydebrand, Westarp und Dohna.

Der nahhafte Offiziers-eid.

In der „Post“ erzählt ein Offizier des Grenzdienstes G. S. „warum wir Offiziere den Eid leisteten“. Dieser Herr macht aus jenem Satz gegen die Republik kein Gebell und rühmt sich den Eid mit den Händen in den Hosentaschen in seiner „goldenen“ Form geleistet zu haben. Aber dennoch hätte man den Eid geleistet, denn würden die Offiziere es vor-gezogen haben, ihn zu verweigern, so wären diese Kameraden in eine Notlage geraten. „Der Eid schadet aber nicht aus, daß wir noch wie vor treu zu unserm Kaiser halten.“

Besonders erheben sich die Ausführungen an der Stelle wo dieser Herr sich mit der Frage auseinandersetzt: „Wie steht es mit dem Schwur der Regierung gegen ein bewaffnetes Vorgehen der uns nachstehenden national geistigten Kräfte?“ Er trägt sich damit, daß ein sol-ches Vorgehen einwilligen nicht geplant werde. Würde eine Gegenrevolution der Monarchisten aber je in Erwägung ge-ragen, dann könnten wir es allerdings nicht mit unse-rem Gewissen vereinbaren, in der Reichswehr Dienst zu tun.“

Für Leute dieses Schlages ist also der Eid nichts als ein nahhaftes Brotgeschäft. Was man von ihnen zu halten hat, ist klar.

Politische Uebersicht.

Das teure Gold.

Es gab einmal eine Zeit, in der 20 Mark eben 20 Mark waren, nicht mehr und nicht weniger, gleichviel ob die Bezugs-gegenstände auf einem gelblichen Münzplättchen oder auf einem Reichs-bank-Papierchen standen. Das war die Zeit, in der Deutsch-lands Wirtschaft noch stark und blühend, Deutschlands staat-licher und nationaler Kredit noch unerschüttert waren, in der unsere Valuta vollständig war. Dann kam der Krieg und in seinem Gefolge das Finanzelend, die Valutamißere. In Deutsch-land selbst freilich blieb — theoretisch und geschichtlich — alles in der Weltfrage beim alten, bis in die allerjüngste Zeit hinein. Es war als unzulässiger Märchhandel bei schwerer Strafe verboten, für 20 Mark Gold mehr als eben 20 Mark in Papier zu fordern oder zu bezahlen.

Die Folge dieser Vorrichtung war, daß kein Mensch mehr Gold in den Verkehr gab, daß wir die reine Anteilwirt-schaft bekamen. Die, welche nicht den Aufzinsen zur Gold-sammlung in der Reichsbank gefolgt waren, verfielen ihr Gold. Aber der dringliche industrielle wie gewerbliche Geldbedarf mußte doch zu seinem Golde zu kommen. Es entwickelte sich hier schnell das Schieberwesen, ein ebenso heimlicher wie schamloser Goldhandel, der Mietenpreise bezahlte, eben die Preise, die dem deutschen Valutadisagio der Papiermark und dem Weltmarktgoldpreis einigermaßen entsprachen. Daraus folgten unerträgliche Zustände, die Verordnungen über die Per-mittenz der Wertgegenstände jenseitig zu Scheingeldern herab, die nur noch die Ehrlichen und Gesehrestreuen hinderten und benach-teiligten.

Dazu kam, daß das Reich selbst seine Vorrichtungen zu durchbrechen genötigt war. Der Schutz unserer Interessen

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

„Von was für einem Geld spricht ihr eigentlich?“ fragte Rangzahn. „Es gibt verschiedenelei.“

„Dieses Geld lag unter einem Fußboden,“ erklärte Mons. „Das ist alles, was ich weiß.“

„Meister Grau hat mir von Geldstücken erzählt, die in der Nähe seiner Wohnung unter einem Boden gelegen hat-ten,“ sagte Rangzahn. „Sollten es vielleicht diese sein? Ich glaube, er nannte die Stelle.“

„Die öden Gänge,“ fiel die Madame lebhaft ein. „Ihr braucht nur mich zu fragen, ich bin selbst dort gewesen, habe sie gesehen. Das Geld ist rund und flach und sieht aus wie der Mond. Es riecht nach nichts — und denkt euch, ich sah auch die Hand, die das Geld nahm — es war der böje Schneider.“

„Und ich,“ flüster Mons hinzu, „sah ihn mit eigenen Augen in seine Stube mit dem Geld hereinkommen.“

„Wir sind Zeugen!“ rief die Madame. „Er kann es nicht leugnen daß er das Geld genommen hat!“

„Aber die Menschen verstehen uns nicht, das ist ja das Unalliche,“ sagte Mons. „Sätte ihn doch auch nur ein Mensch gesehen!“

„Der Spielmann aus der Mansarde begegnete ihm au-ßer der Treppe,“ berichtete Rangzahn. „Ich hörte, wie er dem Schneider guten Morgen wünschte, worauf dieser mit einer merkwürdig verstellten Stimme antwortete. Rest weiß ich, daß er es tat, damit der andere ihn nicht kennen solle.“

„Aber der Spielmann ist blind,“ er kann nicht bezeugen, daß er Blomberg gesehen habe!“

„Der Spielmann ist nicht blind,“ sagte Rangzahn mit einer vielstimmigen Betonung.

„So blind wie ein Maulwurf,“ beharrte Mons. „Er hat es doch mir und Anderen selbst erzählt, wie er bei einem großen Feuer das Augenlicht verloren hat.“

„Dann hat er gelogen! Ich weiß, daß er lügt,“ entgegnete Rangzahn. „Ich weiß alles, was dieses Haus betrifft.“

Ich erinnere mich noch deutlich daran, daß es eine Zeit gab, wo er sich sowohl bei Tag wie bei Nacht vorwärtsstolzte. Jetzt tut er das nur, wenn es hell ist, wenn er glaubt, daß ihn andere sehen. — Abends aber nimmt er Feuer aus einer kleinen Schachtel —

„Das sind Streichhölzer,“ unterbrach ihn Madame Grau. „Wenigstens nennen es die Menschen so.“

„Braucht ein blinder Mann wirklich Streichhölzer?“ fragte Rangzahn. „Ich beobachtete ihn kürzlich, als er sich allein glaubte und vor sich hin leuchtete, um etwas zu suchen, was er verloren hatte. Er will es bloß keinen wissen lassen, daß er sehen kann.“

„Aber warum denn?“ fragte Mons. „Deswegen kann ihm doch niemand etwas zuleide tun. Die meisten Men-schen sehen.“

„Das weiß ich auch nicht,“ antwortete Rangzahn, „ich weiß nur soviel, daß er lügt, wenn er sagt, er sei blind.“

„Das müßt es aber, wenn er Blomberg gesehen hat und es nicht geleistet,“ jammerte Mons. „Er wird es gewiß nicht bezeugen wollen, und so muß mein armer Anderen in der großen Falle bleiben, die die Menschen Gefängnis nennen.“

„Ach, wenn wir doch sprechen könnten,“ sagte die Ma-dame. „Ich würde sofort als Zeuge auftreten, würde so-lange schreien, bis mich die Menschen verstanden hätten. Wir Frauen sind schwach; aber wenn es sich um die Gerech-tigkeit handelt, haben wir Mut — mehr Mut als die Männer.“

„Was müßt es! Der liebe Gott hat es nun einmal den Menschen veriaht, die Tiere zu verstehen,“ erwiderte Rang-zahn. „Daran ist nichts zu ändern!“

„Nur ein Abend bildet eine Ausnahme,“ bemerkte Mons. — „Der Weihnachtsabend!“

„Ach ja, der Weihnachtsabend!“ rief Madame Grau begeistert. „Ich entfinne mich seiner noch deutlich von den glücklichen Tagen her, als ich bei meinen guten Eltern wohnte. Am Weihnachtsabend rief mich nach heißem Schmalz.“

„Ja, am Weihnachtsabend ist es den Menschen vergönnt, die Sprache der Tiere zu verstehen,“ sagte Mons sinnend.

„Von Sonnenuntergang bis Mitternacht können sie mit uns reden.“

„Das habe ich auch schon gehört,“ erwiderte Rangzahn. „Aber wer mag den Versuch? Ehe wir zu sprechen an-fangen haben uns die Menschen zertreten — ich kenne das Gejindel.“

Mons legte den Kopf auf die Seite und überlegte.

„Christen sind läte das gewiß nicht,“ sagte er. „Ich glaube, auf ihn kann man sich verlassen.“

„Ich will mich gewiß nicht besser machen, als ich bin,“ begann Rangzahn. „Ihr wißt, ich habe alles mögliche er-lebt, habe sogar mit — na, das ist ja Nebenjache, mit mem — gefämpft; also sein ich jedenfalls nicht. Aber An-deren steht mir fern, Mons hat die erste Pflicht, zu reden.“

„Ich ließe mich sofort hängen, wenn ich Anderen damit retten könnte,“ sagte Mons, „doch das —“. Er fragte sich bedenklich hinterm Ohr.

„Was soll denn getan werden?“ fragte Madame Grau. „Nichts weiter, als daß eines von uns am Weihnachts-abend zu Christen hinübergeht und ihm erzählt, daß der Spielmann weiß, wer das Geld gestohlen hat,“ antwortete Mons.

„Nein, nichts weiter,“ bemerkte Rangzahn spit. „Wirt-schaft nicht.“

„Ich werde es tun!“ pfiff die Madame begeistert. „Ein Weib kann alles, wenn es sich um eine gute Sache handelt.“

„Aber wenn dich nun der Mann mit einer Feuerzange totschickelt?“ fragte Rangzahn.

„Wir dürfen es der Madame nicht verzeihen,“ beeifste sich Mons zu lazen. „Christen sind ein guter Mensch!“

„Ich fürchte mich kein bißchen,“ erklärte sie. „Warum sollte ich auch? Ist es nicht ein gutes Werk, ein anderes Geschöpf zu retten, und wenn es auch nur ein Mensch ist? Meine Eltern haben recht gehabt, als sie sagten, ich sei eine Schicksalsmaus. Ich will der gute Geist des armen An-deren sein — und ich bin überzeugt, daß mir mein Wage-nstück gelingt. Gibt es nicht etwas hinter den blühenden Lichtern dort drohen am Himmel — etwas Großes, das nie-mand kennt — das über denen, die gute Werke tun, wacht?“

(Fortsetzung folgt.)

Leutnant für das hat ein festgesetztes Wert, ist sein im heit ist, mer noch und man es auch schämtlich die Kinder, mer, teilt wicklung und W-f. Leutnant nichts haben zu beiden A-mogebere.

Der A-vertikl ist W-falles. Z-auch in son-Perzigung

Begnab-vednung ist Justizminister, streifen, wer-fahrt nicht der Hübner-Reifenprose ebenfall mit Berme-lungen dur-aufbeuße-lann das auf Wohlbe-freibeit mit Justiz-terium des Verwaltung. In gleiche-bahischen D-gehenen Stra-Grernan-Beifer der Bundesman-Intendantur-nannt. — berufen und der Einrich-tzant.

Immer-treuen Him-schreiber B-Fandtagsab-terichpfi-ter. Es w-Förderungs-Regierung-berregli. Der fertige Frei-und Blüthe-Mengen. M-relieren Wirtschaft-preise an di-freistrichen Danjes un-herbung, b-folgen, als-wendig ist, aufgehoben-aufgefordert-Sollte den-Rellen die-Berfassung-ist ein Mu-Depolitik n-trieben wird-Bauern im-gestachelt. Es-gegen das-oe. Gefi-uns unterm-Ba-lagi-Bahüberam-Saal der. -fehlt von e-faldemotrat-Ansängeli-ung her fer-Worten über-Parlei. Und-fische Ausm-lung täglich-broneuren-Anhänger z-lassen tüditi-itzabgeordn-die deutidm-Ihan einige-auch zuglei-Produkte ein-Angestellungs-Gern. Red-werden geb-ten die Gau-guridgegangen

Der An-lagen sind die freigegeb-badische Reg-den, Württem-ben Vorstell-die Pfanzerg-Ituk festzu-Bon dem W-rung der La-auch der La-ber Kai geh-

Badische Politik.

Teuerung oder Geldentwertung?

Einem beachtenswerten Artikel der „Konstanzer Zeitung“ über Tarife, entnehmen wir folgende Ausführungen: „Teuerung“ ist die Erkenntnis ziemlich verbreitet, daß nicht „Teuerung“, sondern Geldentwertung die passende Formel für das Verhältnis des Erlommens zu den Preisen ist. Man hat eingesehen, daß es keinen Zweck hat, an der Vorkaufspreise festzuhalten, als sei die Welt noch immer hundert Pfennig wert, während sie tatsächlich zweigig im Zustand und kaum mehr im Anstand wert ist; und daß es darum eine Tatsache ist, sich über die hohen Einnahmen der Arbeiter immer noch aufzuregen. Man teile das Einkommen durch fünf und man weiß, wie groß es in Wirklichkeit ist. Dann hat man es auch anschaulich, daß die Masse des Volkes nicht durchschneitlich so viel (wie sollte das möglich sein?), sondern, daß die Minderheit der Reichsbesitzer, der Beamten und der Rentner, teilsweise zu wenig hat. Betrachtet man diese Entwertung als das einseitige Geben, so erhalten alle Lohn- und Versorgungsfragen eine ganz andere Grundlage. Mit „Teuerungszulagen“ auf der Basis der alten Gehälter ist nichts getan; denn wir haben gar keine Teuerung. Wir haben nur eine Geldentwertung und die Verarmung. Diese beiden Tatsachen müssen für die Gestaltung der Tarife maßgebend sein.“

Der Leitartikel der demokratischen „Konstanzer Zeitung“ vertritt zwar bemerktlich nur die persönlichen Ansichten dieses Autors. Wir wollen jedoch hoffen, daß diese Gedankengänge auch in sonstigen demokratischen Kreisen Eingang und Verbreitung finden.

Begnadigungen. Im Justizministerialblatt wird eine Verordnung über Begnadigungen veröffentlicht. Danach kann das Justizministerium folgende gerichtlichen rechtskräftigen Strafen mildern oder nachlassen: Gefängnisstrafen und Festungshaftstrafen, wenn die Strafe oder der noch zu verhängende Rest ein Jahr nicht übersteigt, Haftstrafen, Selbststrafen oder im Falle der Unbeibringung an ihre Stelle tretende Freiheitsstrafen, Haftstrafen und Einzelhaftstrafen kann das Justizministerium ebenfalls mildern oder aufheben. Ferner kann es die Lösung der Kerker in den deutschen Strafregimentern über Verurteilungen durch badische Gerichte, in badischen Strafregimentern durch außerdeutsche Gerichte, anordnen. Weiter kann es den Vollzug von Freiheitsstrafen aufheben oder unterbrechen. Weiter kann das Ministerium auch Strafausschub oder Straferlaß auf Wohlverhalten gewähren und widerrufen. Dies kann bei Freiheitsstrafen unter drei Monaten auch durch die Gerichte mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft erfolgen. Das Ministerium des Innern kann die von den Behörden der inneren Verwaltung ausgesprochenen Strafen mildern oder nachlassen. In gleicher Weise können vom Finanzministerium die von badischen Finanz- und Vahrschöherden rechtskräftig ausgesprochenen Strafen gemildert oder nachgelassen werden.

Grenznähe. Der Reichspräsident hat unterm 31. Dez. den Leiter der Reichsverwaltung in Baden (Hr. 3 des Bundesfinanzamts, die dem Reichsfinanzministerium unterstellt, Anton Durrant) zum Vizepräsidenten ernannt. — Gänzlich wurde Januar 1919 ins Kriegsministerium bezogen und im September 1919 vom Reichsfinanzministerium mit der Einrichtung der Reichsverwaltung in Baden beauftragt.

Immer maßloser. In Schwabhausen fand unter freiem Himmel eine Bauernversammlung statt, die von Nationalrat Lebert, Schwabhausen geleitet wurde und in der die Landtagsabgeordneten Hertle, Schenker und Fehn, Nationalrat und Lagerhausdirektor Hopf, Rauberbüchse, im Reden sprachen. An der Versammlung nahmen etwa 200 Landwirte teil. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der folgende Forderungen erhoben wurden: sofortige Freigabe der von der bad. Regierung getroffenen Ausnahmemaßnahmen und Verordnung bezüglich der Eier, des Weines, des Obstes und des Schmalzes; sofortige Freigabe des Grünens und Nachzahlung der Früherück- und Ablieferungsprämien auf die ordnungsmäßig abgelieferten Mengen; Nachzahlung eines angemessenen Preises für den abgelieferten Milch, Aufhebung der Zwangsabgabe an die Erzeugerlosen; Freigabe von Haber, Gerste, Hülsenfrüchten und Futtermitteln; ferner der Desinfektion, des Senfes und des Flachses vom Wirtschaftsjahr 1920 ab; Aufhebung der Fleischbewirtschaftung. Die Zwangsabgabe der Milch und der Butter soll nur soweit erfolgen, als dies zur Versorgung von Kindern und Kranken notwendig ist. Die Milchabgabe für Rindbühner sollen sofort aufgehoben werden. Die Bauern des ganzen Landes wurden aufgefordert, sich mit der Versammlung solidarisch zu erklären. Sollte den Wünschen nicht Rechnung getragen werden, so stellen die Versammelten die Forderungen des § 17 der Verfassung (Koalitionsrecht) in Aussicht. — Die Entschließung ist ein Musterbeispiel einer gewissen und verantwortungsvollen Gehalt wie sie von gewissen rechtslebenden Politikern getrieben wird. Ohne Rücksicht auf die etwaigen Folgen werden die Bauern immer mehr aufgepuscht, die Dagegen immer mehr aufgestachelt. Es ist höchste Zeit, daß solchen gewissenlosen Demagogien das Handwerk gelegt wird.

Die heimliche Bauernräuber. Aus Gagenau wird uns unterm 5. Januar berichtet: Die deutsch-nationale Bahlagitation hat mit einer gestern hier stattgefundenen Bauernversammlung einen gründlichen Mißerfolg erlebt. Der große Saal der „Aron“ war zu drei Vierteln leer, der Rest war meist von einigen Demokraten und einer hitzigen Anzahl Sozialdemokraten. Herr Partikelreiter Dumas und ein Dausen Anhängel, das wir schon von der kürzlichen Bauernversammlung her kennen, unterwiesen die Versammelten mit viel schönen Worten über Weizen und Ziele der deutsch-nationalen „Volkspartei“. Und der Erfolg? — Wir können feststellen, daß die politische Ausmündung der kürzlichen Zwangsabgabe-Tarifs-Versammlung höchlichst mißglückt ist. Den 6-8 deutsch-nationalen Schwabhausern hörten nicht einmal ebensowiele deutsch-nationale Anhänger zu. Den wortreichen Herren wurde von heiligen Genossen nichtig am Zeug gefickt. Auch der demokratische Landtagsabgeordnete, Herr Bürgermeister Red, sah sich veranlaßt, die deutsch-nationalen Bauernräuber etwas vorzunehmen und ihm einige Wahrheiten zu sagen. Herr Red forderte u. a. auch zugleich mit der Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte eine entsprechende Erhöhung der Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter. Wir werden uns diese Bemerkung des Herrn Red als notam nehmen. Die Deutsch-nationalen aber werden gemerkt haben, daß hier nichts zu holen ist; überall fallen die Bauern auf ihre Eritische doch nicht herein, zurückgegangen.

Der Kampf um die Freigabe des Tabaks. Vor wenigen Tagen fand im Ministerium des Innern eine Besprechung über die Freigabe des Tabaks statt, bei der die Reichsregierung, die badische Regierung, die Reichs-Bremen sowie Pfälzer von Baden, Württemberg und Hessen vertreten waren. Gegenüber den Vorstellungen des Berliner Regierungsvertreters erklärten die Pfälzervertreter an ihrem am 15. Dezember gefassten Beschlusse festzuhalten und die Freigabe des Tabaks zu verlangen. Von dem Vertreter der badischen Regierung wurde die Forderung der Landwirte unterstützt, daß sowohl die Regierung als auch der Landtag die Verhältnisse Süddeutschlands kennen und der Not gehörend dem Wunsch der Pfälzer entsprechen haben.

Der Vertreter der Reichsregierung erklärte schließlich, die vorgetragenen Wünsche in Berlin zur Sprache bringen zu wollen. Von den Pfälzervertretern wurde beabsichtigt, an dem Beschlusse vom 15. Dezember d. J. festzuhalten und, wenn eine abgerundete Antwort von Berlin komme, den Kampf zu verweigern und den Ministerpräsidenten Vorstoß zu geben, damit nicht einzelne aus Not gezwungen seien, den Tabak abzugeben.

Aus der Partei.

Spaltung der französischen Partei?

Was wir kürzlich als eine der nächsten Folgen des Beschlusses der Leipziger U.S.P.-Tagung über die Bildung einer sogenannten vierten Internationale voraussagten, das scheint bereits in aller nächste Nähe gerückt: die Spaltung der französischen Sozialistenpartei. Die Linke und äußerste Linke der Parteioptionen von Paris besprachen am vorangehenden Sonntag in gemeinsamer geschlossener Sitzung die veränderten Verhältnisse. Eine Mehrheit sprach sich entschieden für die dritte Internationale aus. In Bezug auf die Durchsetzung des Anschlusses auf dem Straßburger Kongreß der Sozialpartei (Februar 1920) herrscht zwischen der Linken und äußersten Linken insofern ein Unterschied, als die Linke den Antrag auf Anschluß mit einer gewissen Reserve einbringen will, in der Weise nämlich, daß — wie der Chefredakteur des „Populaire“, Paul Jaurès, vor einigen Tagen geschrieben hatte — die äußerste Linke beauftragt werden soll, sofort eine Konfession aller auf dem Boden der dritten Internationale stehenden Parteien und Fraktionen von Parteien zusammenzubringen. Die äußerste Linke trat dafür ein, es sei auf dem Straßburger Kongreß der sofortige, bedingungslose Anschluß an die dritte Internationale zu vertreten.

Auch die Linke will nur aus Rücksicht auf die Massen der Parteigenossen und um bei einer Spaltung möglichst große Teile der Partei mit sich zu reihen, den Mittelweg über die Schweiz einschlagen. Von der Linken wurde die unbedingt notwendige Festsetzung des festesten Zusammenschlusses zwischen ihr und der äußersten Linken hervorgehoben, damit die Rechte auf dem Kongresse und überall sonst in der Partei besiegt werden könne. Die länderlichen Sektionen sind freilich noch vielfach Gegner der dritten Internationale oder unentschieden. Der Kampf mit der Rechten (Thomas, Renaudel, Sembat) scheint unvermeidlich und damit die Spaltung der Partei perfekt. Sie wird die französische Partei noch mehr als dies bisher schon der Fall war, zur politischen Ohnmacht verurteilen und die proletarische Aktion in Frankreich zur Freude der Militaristen und Chauvinisten vollends lahmlegen. Die Folgen davon wird auch die deutsche Arbeiterklasse zu spüren bekommen, die sich dafür dann bei ihren „Anhängigen“, „Freunden“ bedanken kann.

Dürmersheim, 7. Jan. Sozialdemokratische Partei. Samstag, 10. Januar, abends 7 Uhr, findet im Gasthaus zur Krone eine Parteiverammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches sowie vollzähliges Erscheinen aller Parteigenossen dringend notwendig.

Öffentliche Eisenbahner-Versammlung.

Karlsruhe, 9. Januar.

Auf gestern Donnerstag nachmittag hatte der Verband des deutschen Verkehrspersonals in den großen Festsaal eine öffentliche Eisenbahnerversammlung einberufen, die überaus gut besucht war. Rolf an Kopf brängte sich in den geräumigen Saal. Das Thema lautete: Die gegenwärtige Teuerung und die Einkommensverhältnisse der Eisenbahner. Von der Regierung war Finanzminister Dr. Wirth anwesend; auch hatten sich mehrere Landtagsabgeordnete, sowie viele Arbeiter der Privatindustrie eingefunden. Eröffnet und geleitet wurde die Versammlung von Hella Gauleiter Bürkle, der darauf hinwies, daß der Zweck der Versammlung sei, die Öffentlichkeit über die Verhältnisse der Eisenbahner aufzuklären.

Gauleiter Schneider, der das Referat übernommen, wies eingangs darauf hin, daß Weichnahmen uns keinen Dagegen und nicht den „Siegrichen“ gebracht habe. Sieger wie Verlierer haben eine harte Prüfung zu bestehen. Wir haben die Prüfung des Leidens und daher den Leidensstiel schon genug ausgetrunken. Soll aber nur ein Teil der Bevölkerung unter den Verhältnissen leiden, während auf der anderen Seite ein Schmarobertum sich Reichthümer anammelt? Es muß eine Schutzwehr gegen den Anarchismus aufgestellt werden, nämlich die Gleichheit des Hungerns und des Frierens. (Leb! Bravo!) Die breite Öffentlichkeit soll erfahren, wie die Verhältnisse bei den Eisenbahner liegen. Wir gehen Preisen entgegen, die den Eisenbahner nicht mehr zu bezahlen sind. Der Redner verwies jedoch auf die Höhe der amerikanischen Arbeiter. Ein Handwerker bei der Eisenbahn verdient zurzeit in der 1. Ortsgruppe 1,35-2,- M., in der 4. Ortsgruppe 2,5-4 pro Stunde weniger; ein ungelerner Arbeiter in der 1. Ortsgruppe 1,20-1,70 M. (Ruf: Viel Teuer!) Auch die Gehälter der Beamten sind recht Meber. Für einen Angen müssen wir heute 355 Tage schaffen, gegenüber 95 Tagen in der Friedenszeit. Redner führte noch mehrere Artikel, wie Brot, Milch usw. an, um die gesamte Kaufkraft des Arbeiters wirkungslos darzutun. Eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 M. ist notwendig um einen Ausgleich herbeiführen zu können. Wir haben dem Staats- und Finanzministerium folgenden Antrag zur sofortigen Behandlung überreicht:

1. Die restierenden Beträge der geforderten Beschäftigungsbefehle von 1000 M. und der Kinderzulage von je 200 M. sollen umgehend an Arbeitgeber und Ledige ohne Abkündigung nach Ortsgruppen ausbezahlt werden.
 2. Müssen die Mittel nach Antrag 1 in voller Höhe nicht sofort beschafft werden, so sollen dieselben in den Monaten Januar und Februar je zur Hälfte zur Auszahlung gelangen.
- Sollte dem Antrag 1 und 2 nicht entsprochen werden, so beantragen wir:
3. Das Ministerium wird ersucht, in Anbetracht der außerordentlichen Verhältnisse, die nicht vorauszuheben waren, den bis zum 1. März 1920 gültigen Tarifvertrag aufzuheben und ab 1. Januar 1920 der Teuerung entsprechende Lohn erhöhungen einzutreten zu lassen. Für die Beamten, Ruhegehaltsempfänger und Rentner sollen entsprechende Zulagen gewährt werden.

Angeht die schweren Notlage und der hierdurch verursachten Inruhe stellen wir ferner den Antrag:

Der Arbeiterlandesausschuß unter Zuziehung der Organisationsvertreter ist umgehend zur Beratung obiger Anträge einzuberufen.

Man sagt, die Eisenbahnerarbeiten nichts, solche Kreise sind zur Arbeit in den verschiedensten Kategorien eingeladen. Wir erwarten von den maßgebenden Kreisen, daß sie unsere Not lindern. Einig und geschlossen wollen wir den Kampf um die Freiheit, um das Brot führen. Nur dem geschickten Brot und Freiheit, der es sich selbst erkaufte. (Leb! Bravo!) Die Diskussion gestaltete sich zu einer sehr erregten. In Zwischenrufen, die oft ein Weiterreden nicht gestatteten, regnete es geradezu. — Rolf Krebs sprach im Namen der Arbeiter der Gegend die Eisenbahner volle Unterstützung aus, was begeistert Beifall fand. — Gauleiter M in m e l e vom Badischen Eisenbahnerverband verurteilte ein Geschäftchen für seinen Verband zu machen und hatte ein gemeinsames Vergeben gewünscht. Die der Versammlung vorgelegten Forderungen sind für ihn nicht weitgehend genug. In einer Resolution legt er die Forderungen seines Verbandes dar. — Rolf Krebs gibt bekannt, daß die Mannheimer Eisenbahner bereit seien, bis zum Neujahr zu kämpfen, aber hoffentlich trage die Einsicht der Regierung dazu bei, daß es nicht so weit komme.

Finanzminister Dr. Wirth: Ich erkläre es als meine Pflicht, mit den Organisationen zu verhandeln. Dann beginnen erst die Schwierigkeiten. Die gestellten Forderungen ergeben für ganz Baden eine Mehrbelastung von 336 Millionen. Ein Unterschied zwischen Beamten und Arbeiter darf es nicht geben. Der löbliche Staat hat keine Notenpresse, wir sind gezwungen, Geld bei Sparbanken, Posten usw. zu ruufen. Wir suchen Geld, um die schon bewilligten Forderungen zu decken. (Ruf: Kriegsgewinnler! Große Unruhe.) Hoffentlich wird die Kreditfähigkeit des Staates nicht gefährdet. Die Kräfte der Reaktion wünschen eine solche Gefährdung. Eine Erhöhung des Preispreises bedeutet Erhöhung der Gehälter und Löhne. Die Zeit der einmaligen Weibliche muß herbei sein. Eine Erhöhung des Staatsministeriums hat sich mit den laufenden Verhältnissen schon beschäftigt. Die nächsten Tage müssen jedoch in Ruhe und Ordnung verlaufen. Leider ist ein Rückgang der Produktion an Lebensmitteln zu konstatieren zugunsten anderer Waren, die sich dem Weltmarktpreis nähern.

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärt Kurt Mannheim, daß wenn bis in 8 Tagen die Forderung der 2. Hälfte der Beschäftigungszulage nicht gewährt sei, so breche der Streik aus. (Brausender Beifall.) Dazu gibt Finanzminister Dr. Wirth die Erklärung ab, daß er Verhandlungen mit den Organisationen angeht, die Mannheimer Ultimatum-Politik lehne er ab, wir wollen die Verhandlung. Streifen Sie nur, Sie schämen nur sich selbst. (Leb! Bravo!) (Finanzminister Dr. Wirth bezieht hierauf den Saal.) Nachdem Bürkle den Vorfall behandelte, wählte der Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Gen. Forter als erfahrener Gewerkschafter zu gemeinsamem Vorgehen. — Im Namen der Verwaltungsstelle Mannheim erklärte der Vorsitzende Wolf, daß Kurt nicht im Auftrag der Eisenbahner am Mannheimer Anglerbahnhof geändert habe. Eine Resolution, die sich mit Kurts Ausführungen deckt, wurde dort abgelehnt. Nachdem nach einer Reihe von Disussionsrednern, zum Teil unter Ausfällen gegen die Regierung und gegen Dr. Wirth gesprochen, fand folgende Resolution gegen einige Stimmen Annahme:

Dr. von W. d. B. (Gen. Baden) auf den 8. Januar in den großen Festsaal einberufene Versammlung stellt sich geschlossen auf den Standpunkt, daß im Hinblick auf die immer weiter greifende Geldentwertung durch die fortgesetzte Steigerung der Preise für alle notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel ein Ausgleich nur durch eine entsprechenden Lohn- und Gehaltserhöhung herbeigeführt werden kann. Die Versammlung erwartet daher mit aller Bestimmtheit, daß die Regierung sofort in diesbezügliche Verhandlungen mit der Organisation eintritt. Angesichts der großen Notlage, in der sich das gesamte Personal befindet, erwartet die Versammlung weiter, daß auf die vorzunehmende Lohnserhöhung ab 1. Januar entsprechende Vorstöße gewährt werden.

Die Versammlung beauftragt die Organisationsleitung in diesem Sinne energische Schritte zu unternehmen und verpflichtet sich, einmütig dieselbe bei allen etwaigen notwendigen werdenden Maßnahmen weitgehend zu unterstützen. Hiermit zeigte die Versammlung ihr Einverständnis, daß Verhandelt werden soll unter Verwerfung der Mannheimer Ultimatumstaktik. Nachdem noch der Referent im Schlußwort besonders mit dem Badischen Eisenbahnerverband abgerechnet hatte, fand die imposante Versammlung um 7 Uhr ihr Ende.

Gewerkschaftliches.

Der Metall-Baden-Badener-Gaggenauer Angestellten-Tarif vor dem Schlichtungsausschuß.

Am Dienstag, 6. Januar, fanden vor dem Schlichtungsausschuß in Rastatt die Verhandlungen statt über ein neues Tarifkommen der Angestellten für die vorgenannten Betriebe. Der Tarif vom 15. August war am 31. Dezember abgelaufen und von den Angestellten der drei Orte rechtzeitig gekündigt worden. Angewiesen hatten die Angestellten vom Rastatt infolge der schlechten Geschäftslage beim Arbeitgeberverband beantragt, daß der abgelaufene Tarif unter Berücksichtigung einer erhöhten Teuerungszulage für Rastatt und Baden-Baden für ein Vierteljahr weitere Gültigkeit behalten solle. Gaggenau dagegen legte entschiedene Verwahrung ein gegen eine Gleichbehandlung mit Rastatt und Baden-Baden, da die drei in Gaggenau in Betracht kommenden Großfirmen der Metallindustrie unbedingt leistungsfähiger seien und die Angestellten heute das Recht hätten, an den Mesengewinnen der Firmen mit einer anständigen Gehaltshöhe in bescheidener Weise zu partizipieren. Der Schlichtungsausschuß fällt nach langer Beratung den Schiedspruch, daß der Tarif vom 15. August zwar unverändert für die drei Orte Rastatt, Baden-Baden und Gaggenau bestehen bleiben soll, daß er es jedoch für wünschenswert halte, daß den besonderen Verhältnissen der Werke in Gaggenau durch den Abschluß eines Branchen-Tarifs für diese drei Werke Rechnung getragen werden soll. Die Verhandlungen hierzu sollen noch im Laufe dieses Monats aufgenommen werden.

Bezeichnend für die Hartnäckigkeit einzelner Arbeitgeber bei diesen Verhandlungen ist der Ausspruch des Herrn Direktors Beyde von den Eisenwerken in Gaggenau, der als Argument gegen eine Erhöhung der Gehälter vorbrachte, daß sich die Angestellten zufrieden geben sollten unter der Berücksichtigung, daß die Arbeitgeber, wie insbesondere auch seine Firma Leute, die schon 30 und mehr Jahre im Betriebe seien, aus Mitleid weiter beschäftigt würden, anstatt ihnen zu kündigen. Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß diesem, so sozial bedenkenden Herrn Direktor, der Scheinbar auch das „warme Herz“ für seine Angestellten hat, die notwendige Antwort zuteil geworden ist.

Zusammenfluß der Lokomotivführer. Die in den einzelnen Bundesstaaten vorhandenen Landesverbände der Lokomotivführer haben sich aufgelöst und sind geschlossen der aus dem bisherigen Reichsverband deutscher Lokomotivführer hervorgegangenen Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer beigetreten. Sie ist den Arbeitergewerkschaften nachgebildet, hat sich aber bis jetzt keiner der bestehenden Gewerkschaftsrichtungen angeschlossen, sondern will vollständig neutral bleiben.

Vor kurzem ging die erfreuliche Meldung von dem Zusammenfluß des deutschen Eisenbahnerverbandes und des Reichsverbandes des deutschen Verkehrspersonals durch die Wähler. Jeder Gewerkschafter freute sich, daß bei den Eisenbahner, bei denen zu ihrem eigenen Schaden ein unnützer Haufen von Organisationen besteht, endlich der Gedanke der Zentralisation Fuß gefaßt hat. Aber die Lokomotivführer haben allem Anschein nach die Notwendigkeit einer starken, einheitlichen Eisenbahnerorganisation unter Inbeziehung an die Organisationen der übrigen Arbeiterkraft noch nicht begriffen, darum ihr Scheitern. Wir meinen, die Zeit eines Ständesbündels sollte endlich herbei sein.



Sonntag, den 11. Januar 1920

findet in den Sälen der Gesellschaft „Eintracht“, Karl-Zieler-Str. 30

Volkslieder-Konzert

mit anschließendem Ball statt.

Sie sind laden wir unsere verehrlichen Mitlieder nebst Angehörigen freundlich ein. — Das Einführungsrecht ist für diese Veranstaltung aufgehoben. 1191

Anfang 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Der Vorstand.

„Selbsthilfe“

Vereinigung der aus Hilfsweise Angestellten.

(Eingetragener Verein.)

Zu der am Freitag, den 9. Januar ds. J., abends 1/2 Uhr, stattfindenden

außerordentlichen

General-Versammlung

sind wir unsere Mitlieder ergeblich ein und bitten um zahlreiches Erscheinen. 1098

Tages-Ordnung:

- 1. Zustimmung zur Angliederung an den G. d. B.
2. Erhöhung der Monatsbeiträge.

Mitgliedskarten sind am Saaleingang vorzulegen.

Der Vorstand.

Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter.

Zahlstelle Karlsruhe.

Sonntag, den 11. Januar 1920, nachmittags 1/2 Uhr, findet in der „Gambriunshalle“, unsere diesjährige

General-Versammlung

statt. Wir eruchen die Kollegen pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Mitgliedskarten sind mitzubringen. 1160

Zugleich machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß ab 1. Januar der erhöhte Beitrag ist. Die neuen Marken können von dem Kassierer in Empfang genommen werden.

Die Ortsverwaltung.

Advertisement for Ulster fabric and L. Brotz, featuring a pig illustration and contact information.

Advertisement for Schweinehandel Mayer, Grünwinkel, featuring a pig illustration and contact information.

Advertisement for Metallschleifermeister, offering grinding services and contact information.

Badisches Landestheater.

Freitag, den 9. Januar 1920. 118

Ariadne auf Naxos.

Mit einem Vorspiel. Oper in einem Aufzuge von Hugo v. Hofmannsthal. Musik von Richard Strauss. Anfang 7 Uhr. (Gr. Pr.) Ende 1/2 10 Uhr.

Evolution vom 10. bis 19. Januar 1920:

Im Landestheater. Sa. 10., nachm. 2 Uhr Volksvorstellung. Der Zauberdiamant (0,80-4 M), abends 7 Uhr. Gawan (M. Pr.) — So. 11. Die Meißlerfinger v. Nürnberg (Vef. Pr.) 5. — Mo. 12. Die 8 Zwillinge (M. Pr.) 7. — Di. 13. Siegfried (Gr. Pr.) 5. — Mi. 14. Gawan (M. Pr.) 7. — Do. 15. Der Waffenschmied (Gr. Pr.) 7. — Fr. 16. Das Dorf ohne Glode (Gr. Pr.) 7. — Sa. 17. zum erstenmal: Heiden, Komödie in 3 Akten v. Bernard Shaw (M. Pr.) 7. — So. 18. Margarete (Gr. Pr.) 6. — Mo. 19. Heiden (M. Pr.) 7. — Zu den Verlagsvorstellungen mit Ausnahme von Zauberdiamant und Siegfried gelten die Vorzugsarten. Vorrecht der Vorzugsarten in den Verkaufsstellen und an der Theaterkasse (Saaleinbäude) am Samstag, den 10. Januar, 1/2 10 bis 1 Uhr. Verkauf zum Kassierpreis von Montag, den 12. Januar an. Zu Margarete am 18. Januar haben die Inhaber von Vorzugsarten ein Vorzugsrecht (je 2 Karten) am Montag, den 12. Januar, nachm. 1/2-5 Uhr, der allgemeine Verkauf hierzu beginnt Dienstag, den 13. Januar.



Jeden Mittwoch Abend Hallentraining.

Samstag, 10. Januar 1920 1. u. 2. Schülermannschaft auf unserem Platze gegen V. I. B.

Abends 1/2 9 Uhr Spielerversammlung in Sporthaus.

Sonntag, 11. Januar 1920 1., 2., 3. und 4. Mannschaft gegen Phönix-Karlsruhe im Fasanengarten.

5. Mannschaft in Rintheim. 6. und 7. Mannschaft auf unserem Platze gegen K.-F.-V. 6 u. 7. Mannschaft.

Beginn 9 und 1/2 11 Uhr vormittags. 1170

Advertisement for Kau-Tabak (Zigaretten) by Gustav Störzinger, featuring a logo and contact information.

Advertisement for Bruchsal Städtischer Lebensmittelverkauf, featuring a logo and contact information.

Advertisement for Trauer-Hüte by S. Rosenbusch, featuring a logo and contact information.

F. C. Südsterne 06 Karlsruhe.

Sportplatz: Mühlburg, Honsellstrasse. Haltestelle d. Strassenbahn Hardtstrasse. 1156

Samstag, den 10. Januar abends 8 Uhr

Spielerversammlung

Sonntag, den 11. Januar nachmittags 1/2 3 Uhr

Verbandswettbewerb Frankonia I

Südsterne I

II., III. und VI. Mannschaften spielen um 1, 1/2 12 und 10 Uhr.

Sämtliche Spiele sind auf dem Mühlburger Platz.

Voranzeige.

Samstag, den 17. Januar abends 1/2 8 Uhr

Generalversammlung

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Sonntag, den 18. Januar

Familien-Abend mit Ball

zu Ehren unserer heimgekehrten Kriegsgelungenen, im Saale des Restaurant Ziegler, Baumeisterstrasse. Mitglieder und deren Angehörige sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

F. C. Frankonia Karlsruhe e. V.

Sportplatz Durlacher Allee Strassenbahnhaltestelle am Schloßhof

Freitag Abend und Samstag Mittag 2 Uhr Training

auf dem alten Platze.

Samstag abends 8 Uhr Spielerversammlung

in der Insel Helgoland.

Sonntag, 11. Januar, Verbands Wettspiele

auf dem Mühlburger Platze.

Südsterne 1., 2., 3. u. 4. gegen

Frankonia 1., 2., 3. u. 4.

Beginn 1/2 8, 1. 1/2 12 bzw. 10 Uhr.

Morgens 10 Uhr A. H. gegen

Nordsterne Rintheim A. H. Abends gemütl. Beisammensein im „Burg-hof.“ 1151

Voranzeige: Mittwoch, 14. Januar, nachmittags 1/2 3 Uhr, auf unserem Platze.

F. V. Heibronn Schülerrmannschaft gegen Frankonia Schülerrmannschaft.



Sonntag, 11. Januar auf unserem Platze

Verbandsligaspiel V. f. R. Pforzheim

gegen Beiertheim.

4. u. 5. Mannschaft gegen Viktoria Durlach 8. und 4. Beginn 10. 1 und 1/2 3 Uhr.

2. Mannschaft in Rintheim. Abends Zusammenkunft im Lokal. 1161



K.F.C. PHÖNIX PHÖNIX - ALLEMANIA

Jeden Dienstag und Donnerstag Übung im Fasanengarten. Sportplatz.

Jeden Freitag Abend Übung in der Reithalle für Fußballer u. Leichtathleten. 1151

Freitag, den 9. Januar abends 7 Uhr, Monatsversammlung.

Sonntag, 11. Jan. 1920, im Fasanengarten

FC. Mühlburg gegen

FC. Phönix-Allemania

I. Mannschaft 1/2 3 Uhr

II. " " 1/2 11 "

III. " " 1/2 11 "

IV. " " 9 "

Samstag den 10. Jan nachm. 1/2 3 Uhr:

1. Junioren-Mannsch in Mühlburg gegen

Mühlburg 1. J.-M.

2. Junioren-Mannsch im Fasanengarten gegen

„Hertha“ 2. J.-M.

Sonntag Abend 1/2 7 Uhr Begrüssung der zurückgekehrten Kriegsgefangenen

im „Löwenrachen“ (Liederhalleaal).

Mittwoch, den 14. Jan abends 7 Uhr

Spielausschuss- und Vorstandssitzung.

Gänselebern

werden fortwährend angeliefert und bezahlbar bis

50 Mark pro Pfund

Carl Pfefferte, Erbrunzenstraße 23.

Large advertisement for Friedr. Bloss, Stadtrat u. Stiftungsrat, featuring a portrait and text about a family matter.

Advertisement for Residenz-Lichtspiele, featuring a logo and text about a performance.

Advertisement for Cajus Julius CAESAR, featuring a portrait and text about a theatrical production.

Advertisement for Amleto Novelli, featuring a portrait and text about a theatrical production.

F. C. Südsterne 06 Karlsruhe.

Sportplatz: Mühlburg, Honsellstrasse. Haltestelle d. Strassenbahn Hardtstrasse. 1156

Samstag, den 10. Januar abends 8 Uhr

Spielerversammlung

Sonntag, den 11. Januar nachmittags 1/2 3 Uhr

Verbandswettbewerb Frankonia I

Südsterne I

II., III. und VI. Mannschaften spielen um 1, 1/2 12 und 10 Uhr.

Sämtliche Spiele sind auf dem Mühlburger Platz.

Voranzeige.

Samstag, den 17. Januar abends 1/2 8 Uhr

Generalversammlung

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist dringend notwendig.

Sonntag, den 18. Januar

Familien-Abend mit Ball

zu Ehren unserer heimgekehrten Kriegsgelungenen, im Saale des Restaurant Ziegler, Baumeisterstrasse. Mitglieder und deren Angehörige sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

F. C. Frankonia Karlsruhe e. V.

Sportplatz Durlacher Allee Strassenbahnhaltestelle am Schloßhof

Freitag Abend und Samstag Mittag 2 Uhr Training

auf dem alten Platze.

Samstag abends 8 Uhr Spielerversammlung

in der Insel Helgoland.

Sonntag, 11. Januar, Verbands Wettspiele

auf dem Mühlburger Platze.

Südsterne 1., 2., 3. u. 4. gegen

Frankonia 1., 2., 3. u. 4.

Beginn 1/2 8, 1. 1/2 12 bzw. 10 Uhr.

Morgens 10 Uhr A. H. gegen

Nordsterne Rintheim A. H. Abends gemütl. Beisammensein im „Burg-hof.“ 1151

Voranzeige: Mittwoch, 14. Januar, nachmittags 1/2 3 Uhr, auf unserem Platze.

F. V. Heibronn Schülerrmannschaft gegen Frankonia Schülerrmannschaft.